

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Karl Markus Kreis

Primat
der Deutschlandpolitik?

Anmerkungen zu einer
abstrakten Utopie

Matthias Walden

„Konvergenz“ —
nicht nur eine Theorie?

B 19/73

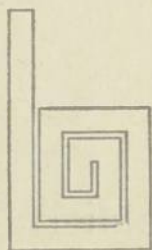
12. Mai 1973

Karl Markus Kreis, Dr. phil., geb. 1940 in Steinheim am Main, Studium der Philosophie an der Hochschule für Philosophie (Pullach/München) und der Politologie an den Universitäten München und Innsbruck, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung (Alfter bei Bonn).

Veröffentlichungen: Die Genfer Indochina-Regelung und die Gründe für ihr Scheitern, in: Europa-Archiv 4/1973; Großbritannien und Vietnam. Die britische Vermittlung auf der Genfer Indochinakonferenz 1954 (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg 51/1972, im Druck); Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954—1968, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, August 1970.

Matthias Walden (Pseudonym für: Otto Freiherr v. Sass), geb. 16. 5. 1927 in Dresden, von 1946 bis 1950 Zeitungsredakteur in Dresden, von 1950 bis 1956 Kommentator bei RIAS Berlin; seit 1956 stellvertretender Chefredakteur und seit 1964 Chefkomentator beim Sender Freies Berlin.

Autor von zahlreichen Fernseh-Dokumentarfilmen, Rundfunk- und Fernsehkommentaren, Kolumnist der Zeitungen „Die Welt“ und „Welt am Sonntag“. Buchveröffentlichungen: Ostblind—Westblind, Berlin 1962; Politik im Visier, Stuttgart 1965.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels, Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Primat der Deutschlandpolitik?

Anmerkungen zu einer abstrakten Utopie

Die hier vorgelegten beiden Arbeiten von Karl Markus Kreis und Matthias Walden sowie ein in der folgenden Beilage erscheinender Aufsatz von Karl C. Thalheim enthalten Überlegungen und kontroverse Ansichten zu der in der B 36-37/72 von Horst Heimann dargestellten Konzeption eines „demokratischen Sozialismus in Ost und West“. Die von Heimann in Zusammenhang mit der Deutschland- und Ostpolitik gegebenen „Anregungen zu einer konkreten Utopie“ veranlaßten die Autoren dazu, sich nicht nur mit den Inhalten der Heimannschen Konzeption eines demokratischen Sozialismus auseinanderzusetzen, sondern überdies auch der Frage der Konkretisierbarkeit dieser „Utopie“ nachzugehen. Die nächste Ausgabe wird außer einem Beitrag von Prof. K. C. Thalheim auch einen Kommentar des Ostberliner Rundfunks zu Heimanns Arbeit und dessen Stellungnahme hierzu sowie zu den drei anderen Arbeiten enthalten.

Die Redaktion

Horst Heimanns Aufsatz „Demokratischer Sozialismus in Ost und West“ erhebt den Anspruch, nicht irgendwelche utopischen Vorstellungen auszumalen, sondern Anregungen zu einer *konkreten* Utopie zu geben. Der Aufsatz schließt mit der Feststellung, wie notwendig ein politisches Denken sei, „das über die aktuellen Probleme hinausgeht“ (S. 29¹⁾). Heimanns Überlegungen gehen allerdings so weit über aktuelle Probleme hinaus, daß sie in wesentlichen Punkten das Beiwort „konkret“ nicht mehr verdienen. Sie werden *abstrakte* Utopie. Was ist mit diesem Vorwurf gemeint?

Der Bezugsrahmen für Deutschlandpolitik

Alfred Grosser hat für die Bundesrepublik eine Art „Germanozentrismus“ in der Betrachtungsweise der Weltpolitik und im Verhalten auf der internationalen Bühne diagnostiziert, der sich vom Druck der gegenwärtigen Teilung Deutschlands herleite²⁾. Diese

Fixierung war in den Jahren, da die Wiedervereinigung als das unmittelbare Ziel der westdeutschen Politik galt, nicht zu übersehen. Gegenüber anderen Spielarten der Fixiertheit auf den beschränkten Horizont des eigenen Staates besaß die bundesdeutsche Nabelschau einen charakteristischen Zug. Sie

Matthias Walden:

„Konvergenz“ — nicht nur eine Theorie? S. 15

bezog sich nicht auf eine klar definierbare staatliche Identität, sondern auf das erst herzustellende (Gesamt-)Deutschland. Anders ausgedrückt: Die Selbstdefinition der Bundesrepublik schloß den juristisch-moralischen Bezug auf eine andere, umfassendere, nicht-existente (nicht mehr, noch nicht existente) Einheit namens „(Gesamt-)Deutschland“ ein. Da die Bundesrepublik Deutschland ein Noch-Nicht-Staat, ein Provisorium oder Transitorium war, mußte sie erst danach streben, ein Staat zu werden, also Wiedervereinigungspolitik betreiben. Außenpolitik war eine Funktion, ein Mittel der innerdeutschen Politik, wie man das bei der Praktizierung der Hall-

¹⁾ Seitenzahlen im Text beziehen sich auf den genannten Aufsatz.

²⁾ Alfred Grosser, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970, S. 458.

stein-Doktrin beobachten konnte. Dadurch verengte sich der Blick auch in internationalen Fragen auf die gesamt-deutsche Perspektive der zwei antagonistischen Systeme.

Die Sicht der deutschen Dinge hat sich mittlerweile gewandelt. „Seit Mitte der sechziger Jahre setzt sich in allen politischen Lagern Westdeutschlands die Einsicht durch, daß die Bundesrepublik weder ein Provisorium auf dem Weg zur Wiedervereinigung noch ein Transitorium auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa ist.“³⁾ Seitdem läßt sich westdeutsche Außenpolitik in Praxis und Theorie grundsätzlich nach den gleichen Kategorien betreiben und untersuchen wie die anderer europäischer Staaten. Seitdem *muß* dies aber auch geschehen, denn mit dem Abschied vom Stande der Unschuld in der Zeit der Wiedervereinigungsideologie ist die Basis für die westdeutsche Außenpolitik die Rolle der BRD als „normaler“ Staat.

Die westdeutsche Außenpolitik hat mit der Hinnahme der Existenz zweier deutscher Staaten nicht nur die DDR de facto anerkannt. Sie hat auch die eigene bundesrepublikanische Identität anerkannt, d. h., sie hat die *Selbstanerkennung* der BRD als eines auf absehbare Zeit in diesen Grenzen bestehenden

Staates vollzogen und den ständigen Identitätszweifeln aus der Zeit des „Provisoriums“ die Grundlage genommen.

Für die Diskussion von Fragen der Deutschlandpolitik hat dies zur Folge, daß sie nicht mehr isoliert und verabsolutiert werden können. Sie haben innerhalb einer außenpolitischen Gesamtkonzeption nur mehr relative Bedeutung. Andere Bezugspunkte der Außenpolitik können nicht mehr von politischen Beschwörungen einfach zugedeckt werden. Auswirkungen durch die Wahl eines Zieles oder Mittels auf andere Bereiche müssen in Rechnung gestellt und gerechtfertigt werden. Die Absichten der direkt und indirekt betroffenen Staaten bzw. Regierungen sind zu berücksichtigen. Überlegungen zum Thema „Deutschland- und Ostpolitik“ müßten also folgende Fragen berücksichtigen: Wer sind die Subjekte bzw. Adressaten dieser Politik? Wessen Außenpolitik wird dadurch indirekt betroffen? Welche neue Konstellation unter diesen (direkt und indirekt) Betroffenen wird angestrebt? Auf welche Bereitschaft und auf was für Widerstände kann eine solche Politik treffen? Mir scheint, den Überlegungen Heimanns fehlt gerade diese Art der Differenzierung.

Das Denken in Blöcken — eine verkürzte Sicht der Wirklichkeit

Obwohl der Untertitel des Aufsatzes nicht nur Überlegungen zur Deutschlandpolitik, sondern auch zur Ostpolitik verspricht, und obwohl auch im Text häufig der Doppelbegriff „Deutschland- und Ostpolitik“ erscheint, wird das Verhältnis zwischen Deutschland-

und Ostpolitik nirgends differenziert und erklärt. Was bedeutet hier „Ostpolitik“? Eine Himmelsrichtung ergibt noch keinen politischen Bezugspunkt, geschweige denn einen politischen Inhalt. Heimann scheint davon auszugehen, daß die Politik gegenüber der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und — der Doppelbegriff legt es nahe — der DDR überall die gleichen Inhalte hat. Er fächert den Begriff nirgends entsprechend den osteuropäischen Staaten auf.

Statt dessen benutzt er unkritisch die gängige Gegenüberstellung „Ost-West“ als Bezugs-

³⁾ Hans-Peter Schwarz, Die Rollen der Bundesrepublik in der Staatengesellschaft, in: Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik, hrsg. v. Karl Kaiser und Roger Morgan, München und Wien 1970 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Band 29), S. 225—256, hier S. 227.

rahmen. Er geht offenbar davon aus, daß mit dem so gekennzeichneten Gegensatz der politisch-ökonomischen Systeme und der Militärpakte die Beziehungen zwischen den Staaten Europas hinreichend beschrieben sind. Damit entfällt völlig die Frage, wie in der „konkreten Utopie“ das Verhältnis der BRD zu den einzelnen Staaten Osteuropas einschließlich der Sowjetunion aussehen könnte oder sollte. Sie ist für Heimann überflüssig geworden, weil die übergreifenden Blöcke allein relevant sind; die Einzelstaaten sind nichts als homogene Teile eines der beiden Blöcke.

Selbstverständlich bestehen die beiden antagonistischen Militärpakte, selbstverständlich besteht zwischen den politisch-ökonomischen Systemen in West- und Osteuropa ein Gegensatz. Aber die beiden „Blöcke“ sind weder in sich homogen, noch ist der Gegensatz zwischen ihnen absolut. Gerade an diesen Punkten müßte eine wirklich konkrete Utopie ansetzen, anstatt sich auf Verallgemeinerungen wie „Ost und West“ zurückzuziehen. Heimann vernachlässigt die Realität der einzelnen Staaten in beiden Paktsystemen. Das Verhalten der staatlichen Einheiten in Ost und West ist, ganz allgemein gesprochen, nicht nur von den mit dem gemeinsamen Gesellschaftssystem gegebenen Faktoren bestimmt, sondern auch vom Selbstbehauptungswillen dieser Staaten, von ihrem Bestreben, ihre *eigene* Art des Sozialismus oder Kapitalismus zu erhalten und weiterzuentwickeln, ohne ungewollte Beeinflussung von außen.

Diesem Selbstbehauptungswillen steht die Tatsache gegenüber, daß alle Staaten Europas in einem Geflecht von internationalen Beziehungen und Verpflichtungen stehen, vor allem wirtschaftlichen Zusammenschlüssen und Militärbündnissen. Solche Faktoren funktionaler Integration der einzelnen Staaten zu größeren überstaatlichen Gebilden bis hin zu den „Blöcken“ sind aber kein hinreichender Beweis dafür, daß der Selbstbehauptungswille der Einzelstaaten nicht mehr existiert. Er wirkt sowohl integrierend wie desintegrierend, und zwar in dem Maße, in dem die po-

litische Gesamtrichtung eines Zusammenschlusses mit den Einzelinteressen der Mitglieder übereinstimmt oder nicht. Das ist sehr banal und eine Binsenwahrheit, aber anscheinend nicht überflüssig zu sagen angesichts eines Kategorienschemas, das diese Kategorien ausläßt.

Ebenso banal mag es klingen, wenn man einige Tatsachen aufzählt, die belegen, daß die Bündnissysteme in Europa keine monolithischen einheitlichen Blöcke (mehr) darstellen. So ist etwa „der Osten“ nicht nur ein brüderlicher Zusammenschluß relativ gleichgearteter sozialistischer Gesellschaften, sondern auch ein Bündnissystem, das dem Sicherheitsbedürfnis und den Wirtschaftsinteressen der einzelnen nationalen Gesellschaften dient⁴⁾ — allen voran denen der Sowjetunion, die dieses Bündnissystem schließlich geschaffen hat und sein Hauptgewicht bildet. Kann man ignorieren, daß die schwächeren Partner nicht immer dasselbe wollen wie die Sowjetunion? Kann man so tun, als hätten sich die Änderungsbestrebungen innerhalb dieser Staaten nur auf die Verbesserung der Regime, nicht auch auf ein größeres Maß an nationaler Bewegungsfreiheit bezogen? Ging und geht es den einheimischen Parteien nicht auch oder sogar in erster Linie um die „Freiheit der Eigenentwicklung“⁵⁾, die nicht nur von *einer* Seite bedroht ist? Man könnte die Interpretation dieser verkürzten Sichtweise noch weiter treiben und sagen: wer die Homogenität des „Ostblockes“ voraussetzt, ist

4) Zur Funktion des Nationalismus in Osteuropa s. z. B. Gerda Zellentin, Außenpolitik und Ökonomie kommunistischer Staaten, in: Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, hrsg. Ernst-Otto Czempel, Köln und Opladen 1969 (PVS Sonderheft 1/1969), S. 164—204, hier bes. S. 192—195; Iring Fetscher, Modelle der Friedenssicherung. München 1972, S. 37, 68—70.

5) Mit diesem Begriff überschreibt Richard Löwenthal seinen Beitrag in: Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Band 1: Das Ende des Provisoriums. München und Wien 1971 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Band 30/1), S. 11—18.

entweder blind für den Selbstbehauptungswillen der osteuropäischen Staaten (und seine Unterdrückung von außen), oder für den zählt nur die Macht des Stärksten, der in „seinem“ Block den Schwächeren immer wieder seinen Willen aufzwingt.

Auch Westeuropa hat seine Konflikte zwischen Integration und nationalen Individualitäten. Auch hier müssen die Regierungen — und die Wähler — entscheiden, ob sie ihre Bedürfnisse und Interessen besser in mehr oder in weniger Bündnis mit den USA und/oder den westeuropäischen Nachbarn gesichert sehen. Diesseits und jenseits der europäischen Trennungslinie existieren also nicht in homogene Blöcke integrierte amorphe Gebilde, sondern Staaten, die sich durch das Handeln ihrer Regierungen nicht (nur) von den Gesamtinteressen des jeweiligen Blockes leiten lassen, sondern auch von den Eigeninteressen ihrer Nationen. Diese Eigeninteressen führen zu den bekannten Versuchen einzelner Staaten, die Trennungslinie zu unterlaufen, um dem eigenen Staat mehr Bewegungsraum zu verschaffen: Der Hinweis auf Rumänien und Frankreich dürfte für die Vergangenheit genügen, und für die Zukunft ist die Konferenz

für Sicherheit und Zusammenarbeit das Forum, von dem sich vor allem die schwächeren Staaten Osteuropas eine Vermehrung ihres nationalen Gewichtes erhoffen.

Aus diesen bekannten Tatsachen läßt sich für eine Analyse und die auf ihr aufbauende Praxis die Erkenntnis ableiten, daß die Beziehungen zwischen den Staaten Europas vielfältiger Natur sind: gefächert nach Sachbereichen und Bezugseinheiten oder -gruppen ergibt sich eine Vielzahl von Rollen, die die einzelnen Staaten spielen⁶⁾. Die internationale Position eines Staates bestimmt sich dann durch die Rollen, die er spielt, und durch die Prioritäten, die er unter seinen Rollen setzt. Ein „Block“ besteht nach diesem Begriff aus einer Reihe von Staaten, die in zentralen Bereichen (innere Verfassung, äußere Sicherheit) sich als zusammengehörige Gruppe verstehen und dies als eine Hauptrolle akzeptieren. Die Existenz von Nebenrollen kann ebensowenig ausgeschlossen werden wie die Möglichkeit einer Veränderung in der Definition und Rangfolge der Rollen. Die KSZE wird aller Voraussicht nach eine Bühne sein, auf der man das Rollenspiel — und die Debatte um einzelne Rollen — verfolgen kann.

Vom außenpolitischen zum innenpolitischen Dualismus

Dem dualistischen Konzept der internationalen Beziehungen entspricht in Heimanns Entwurf eine dualistische Sicht der Innenpolitik. Für seine weiteren Überlegungen macht er eine grundlegende Voraussetzung: der außenpolitische Dualismus (Ost-West-Gegensatz) entspringt maßgeblich einem Dualismus im Innern der Staaten: „Denn die Ideologien beider Seiten, die den Gegensatz verabsolutieren, haben die innenpolitische Funktion, das politische Interesse und Wollen auf außenpolitische Probleme zu fixieren und von innenpolitischen Aufgaben abzulenken. Gerade diejenigen, die im feindlichen Lager die Revolution wünschen, bekämpfen in der eigenen Gesellschaft die Evolution“ (S. 26). Der

Ost-West-Gegensatz wird am Leben gehalten vom Gegensatz zwischen Fortschritt und Reaktion *innerhalb* der Staaten in Ost und West. Deshalb muß hier, im Innern der Staaten, der Angelpunkt für die Überwindung des Ost-West-Konfliktes gesehen werden. Heimanns zentrale Aussage über diesen Zusammenhang lautet: „Die Konzeption für die friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes geht dagegen von der Voraussetzung aus, daß der über die Zukunft der Menschheit entscheidende Kampf nicht die außen- und machtpolitische Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist, sondern die

⁶⁾ Vgl. Hans-Peter Schwarz, a. a. O., S. 231—236.

innenpolitische Auseinandersetzung zwischen dogmatischen und progressiven Kräften innerhalb des Ostens und des Westens. [...] Vorteilhaft für eine friedliche Zukunft und für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft ist es allein, innerhalb des Ostens und des Westens die Macht und die Privilegien der Herrschenden gegenüber dem Volk einzuschränken und gleichzeitig den innenpolitischen Status quo in beiden Blöcken durch systemüberwindende Reformen so zu verändern, daß die Wurzeln der Aggressivität, der unversöhnlichen Feindschaft, der Spannungen und der möglichen Kriege beseitigt und Elemente einer konvergierenden Entwicklung verstärkt und neu geschaffen werden" (S. 26). Also: Abbau der äußeren durch Abbau der inneren Spannung.

Wer sind die Herrschenden, die Unzufriedenheit im Innern zu Aggressivität nach außen umlenken? Heimann identifiziert sie an anderer Stelle als „die privilegierte und demokratisch nicht legitimierte und kontrollierte Schicht der im Osten politisch herrschenden Bürokratie und der im Westen ökonomisch herrschenden Kapitaleigner" (S. 19). Der Dualismus in Heimanns Vorstellungen von Innenpolitik entspricht genau dem in seinen Vorstellungen von den internationalen Beziehungen. Auch besteht zwischen beiden Formen des Dualismus ein innerer logischer Zusammenhang; sie sind keineswegs nur aus Zufall zusammengeraten. Denn wenn die äußeren Spannungen nur aus einer inneren „Grundspannung“ hervorgehen, wenn die Außenpolitik von dem Bedürfnis beherrscht und definiert wird, ein Feindbild bereitzustellen, dann paßt in der Tat nur die Kategorie des totalen Gegners, des Feindes, der letzten Endes sogar zu vernichten ist.

Da Heimann selber die Kategorie „äußerer Feind“ als Aggressionsobjekt einer Gesellschaft definiert, die dessen Bild aus sich heraus, nach ihren Bedürfnissen, produziert, entfallen für seine Analyse die oben genannten Differenzierungen. Der äußere Feind ist also

per definitionem nichts anderes als der absolute Gegner. Dann wird die Welt in der Tat nur in Schwarz und Weiß, Gut und Böse aufgeteilt. Andere Kategorien bleiben völlig außer Sicht, die aber — in den realen Beziehungen zwischen Völkern und Staaten — ebenfalls eine Rolle spielen: die des Konkurrenten, des Rivalen, des potentiell mehr oder minder bedrohlichen Gegners, des „partiellen Freundes“ oder des funktionalen Verbündeten. Diesem Bild von anderen Staaten entsprechen so differenzierte, wechselhafte, risiko-, aber auch chancenreiche Verhältnisse zwischen Staaten wie: Bündnis, Konkurrenz, Gewaltandrohung, Gewaltverzicht, partielle Zusammenarbeit bei gleichzeitiger partieller Rivalität usw. Es sind genau die differenzierten Beziehungen, die wir auch in dem tatsächlichen Verhalten in und zwischen „Ost und West“ beobachten. Innerhalb und zwischen den „Blöcken“ treten nuancierte Beziehungs- und Verhaltensmuster auf, die eben nicht einfach aus der Position der Herrschenden gegenüber den Beherrschten abgeleitet werden können. Emotionsarme Außenpolitik kann von nationalen Repräsentanten betrieben werden, auch wenn sie nach innen mehr „dogmatisch“ als „progressiv“ ist. Rumänien ist ein Beispiel.

Das reine „Freund-Feind“-Muster reicht zur adäquaten Beschreibung der Realität nicht aus. Die Beziehungen zwischen den Staaten lassen sich nicht darauf reduzieren. Man versuche sich einmal am Fall der CSSR (auch heute!) gegenüber der UdSSR, oder Rumäniens gegenüber der Sowjetunion und den USA, oder Polens gegenüber der DDR, oder Frankreichs gegenüber Großbritannien, der BRD, den USA, der UdSSR ... Das reine Freund-Feind-Verhältnis erklärt in Europa nicht mehr viel.

Ebenso wie Abstufungen von Beziehungen der Freundschaft, der Rivalität und Konkurrenz existieren, bestehen auch solche des feindseligen Verhaltens, der Bedrohung, der mehr oder weniger starken Entschlossenheit.

anderen seinen Willen, seine Hegemonie oder seine direkte Herrschaft aufzuzwingen. Das heißt: auch wenn man annimmt, daß, aus welchen Gründen auch immer, keine *absolute* Feindseligkeit und Bedrohung besteht, ist für die europäischen Staaten die „Freiheit der Eigenentwicklung“ noch nicht gewährleistet. Wie können sie sich gegen unerwünschte Beeinflussung und Abhängigkeit schützen? Ein Mittel, um Druck auszuüben oder abzuwehren, war und ist immer noch militärische Macht. Auch dann, wenn den Rüstungssteigerungen der Supermächte die absurde Spitze abgebrochen werden sollte, ist damit noch nicht das Mittel militärischen Drucks zur Erreichung politischer Ziele verschwunden.

Man kann militärische Macht als politischen Faktor nicht angemessen beurteilen, wenn man nur die Bereiche der Rüstung im Auge hat, die sich durch ihre völlige Abhängigkeit von der technologischen Entwicklung und davon profitierenden Segmenten einer Gesellschaft verselbständigt haben und einer politischen Zweck-Mittel-Analyse nicht mehr zugänglich sind, sich vielmehr nur noch im Zweierverhältnis der technologischen Eskalation zwischen USA und Sowjetunion begreifen lassen. Für die Staaten Europas zählen andere militärische Bereiche mindestens ebenso: Panzer, nicht FOBS und MOBS spielen im Verhältnis der Sowjetunion zu Osteuropa die entscheidende politische Rolle. Zwar kann man mit gutem Grund sagen, daß die strategischen Waffen den Konflikt, den sie am Ausbrechen hindern sollen, ständig neu verlängern, eben weil sie sich politischem Zweck-Mittel-Kalkül entziehen. Doch gilt dies nicht im gleichen Sinne für solche Systeme, die zu klar abgrenzbaren politischen Zielen eingesetzt werden können. Diese Art der Waffen bringt nicht die politischen Konflikte hervor, sondern entspringt ihnen, drückt sie aus und kann freilich durch ihre Existenz die Spannungen auch verlängern. Die Waffensysteme, die nur dazu dienen, die Rüstungsspirale weiterzudrehen, un-

terscheiden sich also von denen, die für klar definierte, d. h. abgegrenzte Ziele eingesetzt werden: diese dienen der Erweiterung oder Erhaltung des eigenen oder der Abwehr fremden Einflusses. Sie sind deshalb auch von zweckrationalem Kalkül überprüfbar, sie sind ein Mittel der Politik. Die Tradition von Clausewitz hat gerade in der sowjetischen Kriegstheorie Wurzel gefaßt⁷⁾. Ob das mit unseren Wunschvorstellungen übereinstimmt oder nicht, ist eine völlig andere Frage.

Die Staaten Europas müssen sich also weiter mit der Frage ihrer Sicherheit auseinandersetzen, besonders diejenigen, die sich einem viel größeren Rivalen oder gar Gegner gegenübersehen. Der Abbau aller militärischen Apparate kann nur dann den Interessen *aller* nützen, wenn diese Interessen sich soweit aufeinander eingestellt haben, daß sie nicht mehr im Widerspruch zueinander stehen, und wenn keiner befürchtet, ein anderer könne seine Interessen erneut gefährden. Wie ein solcher Zustand herbeigeführt und auf Dauer gesichert werden könnte, das wäre in der Tat genug Stoff für schöpferische Utopie: Sie müßte fragen, was man sich unter einer „europäischen Friedensordnung“ vorstellen könnte, welche Rolle die USA und die Sowjetunion spielen sollten usw. Eine *konkrete* Utopie dürfte sich allerdings nicht darauf beschränken, einen Entwurf für eine wünschbare Zukunft zu geben, sondern müßte auch Wege zeigen, die von der Gegenwart aus dorthin führen können. Die Zeit des Übergangs bringt ja spezifische Probleme, die sich von denen des bisherigen und des zukünftigen Zustandes wesentlich unterscheiden, da die Verhaltensmuster unsicher sind. In einem System, das durch gegenseitige militärische Abschreckung und Bedrohung bestimmt ist, wird beispielsweise der Verzicht einer Seite

⁷⁾ W. D. Sokolowski, *Militär-Strategie*, deutsche Übersetzung aus dem Russischen der 3. Auflage, Köln 1969, bes. S. 68.

auf Abschreckung zwei Deutungen durch die Gegenseite zulassen: entweder die als Erfolg der eigenen Bedrohung oder als Aufgabe der bisherigen Verhaltensmuster. Sicherheitsüber-

legungen lassen die erste Annahme plausibler erscheinen. Wie kann man also das Mißtrauen überwinden? Das führt uns zu Heimanns Vorschlägen zur Deutschlandpolitik.

Neuvereinigung Deutschlands?

a) Isolierung der Deutschlandpolitik

Deutschlandpolitik ist, das wäre der einfache Nenner der vorangegangenen Seiten, nur möglich und durchführbar unter Berücksichtigung der vielfältigen Verflechtungen beider deutscher Staaten. Heimann formuliert abstrakter, „... daß die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten weitgehend von den Beziehungen zwischen Ost und West abhängig wird. Daher ist die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur möglich auf der Grundlage eines Entwicklungsprozesses, der die Spaltung zwischen Ost und West überhaupt überwindet“ (S. 14). Im unmittelbaren Anschluß daran macht er zwar zur Bedingung für eine Politik der „Neuvereinigung Deutschlands“, daß sie in Übereinstimmung ist mit den allgemeinen Tendenzen der westlichen Koexistenzpolitik bzw. daß die Bundesregierung diese Tendenzen entsprechend beeinflusst. Aber er prüft weder, ob diese Übereinstimmung konkret bei den einzelnen Verbündeten vorhanden ist noch unter welchen Bedingungen sie mit ihrer jeweiligen Interessenlage vereinbar wäre. In Übereinstimmung mit seinem abstrakten Kategorienschema untersucht Heimann nicht konkrete Interessen einzelner Staaten im Hinblick auf die Koexistenzpolitik, sondern „allgemeine Tendenzen“ (S. 14).

Die Konvergenztheorie liefert nun dazu den passenden theoretischen Bezugsrahmen. Er paßt deshalb so gut, weil diese Theorie auch mit einer Gegenüberstellung zweier Größen operiert. Freilich behandelt die Konvergenztheorie die Strukturen der Gesellschafts-

vor allem der Wirtschaftssysteme⁸⁾. Über das Verhältnis zwischen konvergierenden Staaten, die Form ihrer Beziehungen (Konkurrenz, Bündnis, Gegnerschaft usw.), kann sie allein aufgrund der Analyse innerer Strukturen keine gültigen Aussagen machen. Heimann vermengt wieder diese beiden Ebenen — die der inneren Struktur einzelner Staatsgesellschaften und die der Struktur des internationalen Beziehungsgefüges, in dem diese Staatsgesellschaften zueinander stehen —, etwa wenn er schreibt: „Während nach der antagonistischen Interpretation der Ost-West-Gegensatz nur machtpolitisch zu überwinden ist durch den Sieg der einen Seite und die Übertragung des siegreichen Gesellschaftssystems auf den besiegten Block, hält die Konvergenztheorie die friedliche Lösung des gefährlichen Konflikts für möglich, und zwar durch den inneren Wandel und eine konvergierende Entwicklung beider Gesellschaftssysteme, die zu einer Art Synthese zwischen Sozialismus und Kapitalismus führt“ (S. 15).

Als Ergebnis einer solchen Konvergenz soll nun auch die „Neuvereinigung Deutschlands“ möglich werden. Heimann sagt zwar zunächst, die Konvergenztheorie könne nur dann einer Neuvereinigungspolitik als Grundlage dienen, „wenn sie sowohl im Westen als auch im Osten theoretisch akzeptiert würde und auf beiden Seiten als Anleitung für eine politische Praxis diene, die die gegenseitige Annäherung und die evolutionäre

⁸⁾ Vgl. die von Heimann in Anm. 27 angeführte Literatur. Außerdem die Diskussion der Konvergenztheorien bei Wilfried von Bredow, Vom Antagonismus zur Konvergenz? Studien zum Ost-West-Problem, Frankfurt/Main 1972.

Überwindung der Gegensätze zwischen den beiden konkurrierenden Systemen zum Ziel hätte" (S. 16).

Dem steht ein anderes Zitat entgegen, in dem Heimann von der fortdauernden Existenz der Blöcke ausgeht und die Neuvereinigung Deutschlands als Herauslösung beider deutschen Teilstaaten aus ihren Blöcken verstanden wissen will: „Annehmbar für beide Seiten ist eine Politik für die Neuvereinigung Deutschlands, wenn sie nicht die machtpolitische Stärkung des einen Blockes zum Ziel oder zur Konsequenz hat und wenn sie nicht zu einem Faktor werden kann, der im Osten oder im Westen einen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung zugunsten des konkurrierenden Systems begünstigen könnte.“ (S. 27). Deshalb „ist ein einheitliches Deutschland, das nur mit Zustimmung der westlichen und der östlichen Mächte zustande kommen kann, weder auf der Grundlage des westlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems noch des östlichen politischen Systems der Parteiherrschaft möglich“ (S. 27). Und nun folgt als Kern der „konkreten Utopie“ die Konzeption von Deutschland als „Brücke zwischen Ost und West“. Heimann soll noch einmal selber zu Wort kommen: „Mit der Staats- und Gesellschaftsräson unserer westlichen und östlichen Nachbarn zu vereinbaren ist dagegen ein neuvereinigtes Deutschland, das außenpolitisch eine Brücke zwischen Ost und West bildet und das eine neue politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung entwickelt, die als Synthese beider Systeme sowohl demokratisch und freiheitlich-rechtsstaatlich als auch sozialistisch ist“ (S. 27). Dahinter sind einige dicke Fragezeichen zu setzen.

1. Es ist gut, daß Heimann überhaupt einmal die „Staats- und Gesellschaftsräson“ der einzelnen europäischen Staaten einer Erwähnung wert befindet. Vollkommen unbewiesen ist aber die einfache Behauptung, ein vereinigtes Deutschland (als solches) sei mit der Räson dieser Staaten vereinbar. Da-

für hätte man gerne ein paar Belege, denn aus der Sicht unserer Nachbarn ist diese Erwartung recht kühn.

2. Heimann unterstellt immer wieder, daß das Verhältnis zwischen Staaten sich nur nach dem Grad ihrer „inneren Verwandtschaft“ bemißt. Eine derartige Strukturverwandtschaft kann zweifellos eine Voraussetzung für friedliche Beziehungen zwischen Staaten sein, ist aber sicher nicht die einzige; der Verfall des sowjetisch-chinesischen Bündnisses liefert ein gutes Lehrstück aus der jüngsten Geschichte.
3. Die pauschale Forderung, das machtpolitische Verhältnis in Europa dürfe durch dieses neue Deutschland nicht verschoben werden, enthält mehr Fragen, als sie beantwortet. Denn aus der Sicht der übrigen europäischen Staaten ist die Bildung eines neuen Deutschland außerhalb der Bündnisse zunächst einmal ein Verlust für diese Bündnisse. Jeder verliert einen Bündnispartner. Heimann unterstellt das Kalkül: wenn der Verlust auf seiten beider Bündnisse gleich groß ist, wird er für beide akzeptabel. Aber bei allem Respekt vor den Leistungen der DDR — hier würde das westliche Bündnis doch wohl mehr aufgeben, es würden sich die Machtverhältnisse also schon unter dem Aspekt der Ressourcenverteilung verschieben.
4. Die Machtverhältnisse würden sich nicht nur quantitativ verschieben. Die Entstehung eines Deutschland zwischen den Blöcken verändert die Struktur der Machtverhältnisse in Europa überhaupt. Gesetzt den Fall, die Paktsysteme bleiben überwiegend in Gegnerschaft zueinander, dann ist Deutschland nicht eine Brücke, sondern ein Puffer, an dessen Isolierung und Passivität beide Seiten ein Interesse haben. Eine Rolle als attraktives Vorbild für andere Staaten könnte es dann sicher nicht spielen. Unterstellt man dagegen mit etwas Phantasie, die gegenwärtigen Bünd-

nisse würden sich auflösen oder an Bedeutung verlieren, dann ergäbe sich langfristig ein Europa von mehr oder weniger verbundenen Staaten: im Osten direkt oder indirekt im Einflußbereich der übermächtigen Sowjetunion, in der Mitte aber mit einem Staat, Deutschland, der ebenfalls weitaus größer ist als seine westlichen und östlichen Nachbarn. Deutschland und Rußland als dominierende Mächte in Europa . . .

5. Schließlich ergibt sich eine ganze Traube von Fragen hinsichtlich der internationalen Verflechtungen der beiden deutschen Staaten. Was geschieht mit den Europäischen Gemeinschaften, was mit Comecon? Sind diese Verbindungen etwa Lappalien, die keine Probleme aufwerfen? Und sicherheitspolitisch: Was wird aus der Nato? Wie schützt sich Deutschland dagegen, von der Brücke zum Brückenkopf einer fremden Macht zu werden? Durch eigene Abschreckungskapazität? Also ein auch atomar gerüstetes Deutschland? Oder durch ein Bündnis? Aber mit wem? Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Nur: der Leser bleibt ratlos.

Der Grundfehler in Heimanns Entwurf scheint mir die Annahme eines extrem einfachen, ja simplen Erklärungsschemas für die internationale Politik in Europa zu sein, ihre Reduktion auf ein Spiel mit (sehr wenigen!) Bauklötzen. Ein weiterer Fehler hängt meines Erachtens damit zusammen, nämlich die Verengung der Perspektive in der Deutschlandpolitik. Andere Staaten, die davon unmittelbar mitbetroffen sind, existieren nur als anonyme Blockmitglieder. Ihre spezifischen Interessen gehen nicht in die Gestaltung der Deutschlandpolitik mit ein. Ich meine daher, man muß auch Heimann den Vorwurf machen, den A. Grosser der bisherigen westdeutschen Außenpolitik gemacht hat: den des „Germanozentrismus“.

Greifen wir zur Überleitung noch einmal auf die im vorletzten Absatz gestellten Fragen

zur Sicherheitspolitik zurück. Heimann macht ja für den Neubau Deutschlands und den damit einhergehenden Umbau Europas zur Voraussetzung, daß die Angst um die eigene Freiheit durch den Sieg der progressiven Elemente innerhalb der Staaten Europas ihren realen Grund verliert. Die Frage ist also gestellt: Wie können die Privilegien der Herrschenden abgebaut werden? Wie kann die höhere Synthese zwischen Sozialismus und Kapitalismus entstehen?

b) Unilateralisierung der Deutschlandpolitik

Zuerst ist festzustellen, daß die auf eine „Synthese zwischen Freiheit, Demokratie und Sozialismus“ (S. 28) zusteuernde Konvergenz die Einschränkung der Privilegien der Herrschenden in Ost und West fordert. Die Intervention in der CSSR geschah, „weil dieser vom Volk unterstützte Sozialismus mit menschlichem Gesicht eine ernsthafte Gefahr für die privilegierte und demokratisch nicht legitimierte und kontrollierte Schicht der im Osten politisch herrschenden Bürokratie und der im Westen ökonomisch herrschenden Kapitaleigner wurde“ (S. 19). Das Schicksal des Reformkommunismus zeigt auch, daß die Konvergenz sich nicht automatisch einstellt, denn „es gibt keinen Sachzwang zur Konvergenz, der zielstrebiges politisches Handeln überflüssig macht“ (S. 17). Andererseits ist die Konvergenz möglich, gibt also eine für politisches Handeln brauchbare Orientierung; denn die Ablehnung der Theorie im Osten, so legt Heimann ausführlich dar, sei nur im Ausbleiben einer Konvergenzpolitik des Westens begründet (S. 17—19). Eine solche Politik schlägt Heimann schließlich als Fazit seiner Überlegungen über eine Neuvereinigung Deutschlands vor.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Situation, wie Heimann sie sieht: Die Bundesrepublik und ihre Regierung hat es bei der DDR mit einem Staat zu tun, in dem eine nicht legitimierte Bürokratie herrscht und

ihre Privilegien verteidigt. Diesen dogmatischen Kräften stehen progressive gegenüber, die im Sinne der Konvergenztheorie auf eine höhere Synthese im demokratischen Sozialismus hinarbeiten wollen, d. h. die Privilegien der Herrschenden gegenüber dem Volk einschränken und durch systemüberwindende Reformen die Wurzeln der äußeren Spannungen beseitigen wollen (vgl. S. 26).

Nun kann sich aber die Bundesregierung in ihrer Politik nur an die DDR wenden, wenn sie sie so anerkennt, wie sie innen- und außenpolitisch verfaßt ist, also ihre innen- und außenpolitische Konsolidierung nicht behindert: Denn „diese innen- und außenpolitische Konsolidierung und die internationale Aufwertung der DDR sind unabdingbare objektive Voraussetzungen für eine konsequente Liberalisierung, weil — unabhängig vom guten oder bösen Willen der Regierenden — in einem innen- und außenpolitisch in Frage gestellten und gefährdeten Staat ein liberales und demokratisches Regime nicht funktions- und lebensfähig ist (S. 11 f.). Liberalisierung und Demokratisierung haben aber in der DDR ihre Grenzen: „Die Sowjetunion und die SED-Führung werden evolutionäre Veränderungen in der DDR jedoch nur in dem Maße zulassen, in dem sie sich nicht zu einem revolutionären Umsturz weiterentwickeln und die Existenz des Staates bedrohen können.“ (S. 12).

Die Konvergenzpolitik steht also vor einem Dilemma: Sie will eine Veränderung des kommunistischen Regimes betreiben, die auf die Dauer die undemokratischen Privilegien der herrschenden Bürokratie beschneidet und eine demokratische Form des Sozialismus hervorbringt. Die Partner für diese Politik sind aber genau die Funktionäre, die ihre exklusive Herrschaftsstellung verlieren sollen. Heimanns Lösung des Dilemmas: Die Funktionäre sollen durch Einsicht für eine Umstrukturierung des Systems zu Lasten ihrer eigenen Stellung gewonnen werden. Die geforderte Einsicht besteht in der Erkenntnis, daß in der

BRD ebenfalls Reformen in Richtung auf die bekannte Synthese ins Werk gesetzt werden: „Wenn wir vom Westen aus versuchen wollen, das Denken dieser Funktionäre zu beeinflussen und zu ändern, müssen wir zunächst unser eigenes Denken ändern und auf einen Dialog einstellen. Und wenn wir wollen, daß sie die Verhältnisse in der DDR in Richtung eines demokratischen Sozialismus verändern, müssen wir ihnen mit entsprechenden Bemühungen in der Bundesrepublik vorangehen“ (S. 27).

Der Gedankengang ist nicht ganz überzeugend. Denn wenn die Voraussetzung stimmt, daß der demokratische Sozialismus in der DDR die Funktionärsherrschaft bedroht, dann kann demokratischer Sozialismus in der BRD kein nachahmenswertes Vorbild sein. Kann das Mißtrauen der Funktionäre etwa dadurch besänftigt werden, daß im Westen mehr Demokratie und Freiheit realisiert wird? Ist nicht etwas anderes viel wahrscheinlicher: Um die Konvergenz trotz des Widerstandes der anderen Seite zu forcieren, bleibt der Bundesrepublik nichts übrig, als von sich aus ihr System auf das der DDR hin zu entwickeln, um so den mißtrauischen Funktionären deutlich zu machen, daß ihre Herrschaft eben nicht bestritten wird? Dann wird aber nichts aus der Synthese auf höherem Niveau — nur eine schrittweise Anpassung ist die Folge: einseitige Anpassung, um die eigene Harmlosigkeit zu beweisen, Unterordnung der Eigenentwicklung unter das Urteil und die Empfindlichkeit bürokratischer Funktionäre. Was soll dann einen Funktionär noch veranlassen, an der Einschränkung seiner Privilegien mitzuwirken?

Mir scheint, diese Konsequenz ist in Heimanns Vorschlag deutlich angelegt. Dabei ist seine Grundforderung nach mehr Demokratie in der Bundesrepublik, nach inneren Reformen verschiedenster Art ja vollkommen berechtigt. Nur hilft es uns wenig, wenn wir zum Maßstab von Reformen für mehr Demokratie bei uns die Frage machen, wie sie auf das Denken der Funktionäre wirken. Die Re-

formen, die hierzulande notwendig und möglich sind, müssen entsprechend diesen Notwendigkeiten und Möglichkeiten angepackt werden. Ob diese Reformen auf die Funktionen der SED attraktiv oder abstoßend wirken, ist eine Frage, die im Rahmen der Beziehungen zwischen BRD und DDR wohl berücksichtigt werden kann. Es ist aber keine Frage, die in die Gestaltung der Reformen Eingang finden darf. Deutschlandpolitik ist nicht gleich westdeutsche Innenpolitik. Heimann

ordnet diese jener unter. Ich meine, er steht auch hierbei in einer Tradition, die eigentlich überwunden schien: die Bundesrepublik als Provisorium aufzufassen und die Entfaltung ihrer eigenen Möglichkeiten dem Ziel der Neu-(Wieder-)Vereinigung unterzuordnen. Freilich hat Heimann die Vorzeichen vertauscht: sollte ehemals Deutschland durch Anpassung der DDR an die Bundesrepublik wiedererstehen, so empfiehlt er tendenziell die innere Anpassung der BRD an die DDR.

„Konvergenz“ – nicht nur eine Theorie?

Vordergründig wirbt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands — welchen Deutschlands in welchen Grenzen und in welchem System? — für ihre neue Ostpolitik mit der Notwendigkeit eines Arrangements gegenüber dem politischen Osten, einer Übergangszeit der „Regelungen“ vor allem um menschlicher Erleichterungen willen. Die Vermutung, daß mehr dahinterstecke, als gegenwärtig vorgezeigt werde, erschien zunächst als polemischer Verdacht. Es fiel allerdings auf, daß in der Diskussion des Ost-West-Themas von Sprechern der Koalition nicht nur entschiedene Hinweise auf die Unzumutbarkeit des kommunistischen Systems und seiner Gewaltausübung reduziert, meist ganz vermieden wurden, sondern daß es auch — anfangs auf unteren Parteiebenen — zu unverkennbaren Sympathie-Bekundungen gegenüber dem „zweiten Staat“ kam. Im Wahlkampf bemerkte Willy Brandt, daß in der Vergangenheit „kaum ein gutes Wort über die DDR verloren worden“ sei.

Das alles konnte bei wohlmeinender Beurteilung noch als taktische Notwendigkeit verstanden werden. Schließlich durfte von den Verhandlungsführern der Koalition nicht erwartet werden, daß sie der Gegenseite den Vorwurf system-bedingten Unrechts immer neu entgegenschleuderten. Die Politiker der Koalition waren darin natürlich gehandicapt. Die Journalisten waren es indessen nicht. Aber es fiel doch sehr auf, daß jeder, der die Unrechtsqualität des östlichen Gegenübers

weiter beschrieb und anfocht, von den Aktivisten der neuen Ostpolitik und ihren Anhängern der Hetze beschuldigt und der böswilligen Fortsetzung des Kalten Krieges bezichtigt wurde. Es war gar nicht mehr zu übersehen, daß eine neue Bewertung geltend gemacht und die Auseinandersetzung mit den Ideologien und Realitäten des Ostens immer mehr auf eine Detailkritik reduziert und diese zunehmend gedämpft wurde. Durch die Aktivitäten der sogenannten Stamokap-Gruppe, deren einer Teil zur DKP überlief und deren Großteil der SPD erhalten blieb, sind die Grenzen zum Kommunismus fließend und konfliktlos geworden.

Von Willy Brandt ist bekannt, daß er die Konvergenztheorie, also die Überzeugung von der gegenseitigen Beeinflussung der Systeme mit dem Verlauf wechselseitiger Lernprozesse und dem Ergebnis, daß sie einander immer ähnlicher werden, zumindest nicht ablehnt. Die alte These, die auch und ganz besonders die SPD vertrat, besagte, daß in der Rivalität der Systeme die Freiheit im Sinne parlamentarischer Demokratie nach dem Modell unserer Verfassung und ihrer Wirklichkeit auch für die Landsleute im anderen Teil Deutschlands zu erstreben und möglichst zu erwirken sei, ist verstummt und durch etwas neues ersetzt: Das — im Bundeswahlkampf 1972 forcierte — Schlagwort vom „demokratischen Sozialismus“ ermöglicht mehr als eine Ahnung davon, wohin die Reise gehen soll.

Es gehört offenbar zur Taktik dieser neuen Strategie, dem Volk die neue Vision nur rationenweise zu verabfolgen und dabei möglichst nicht die prominenten Verfechter der Novität, sondern Männer aus dem zweiten und dritten Glied vorangehen zu lassen.

So war es in Tutzing vor neun Jahren. Egon Bahr ließ den Versuchsballon eines „Wandels

Definition des Begriffes ‚Konvergenz‘ nach Keyzers Fremdwörter-Lexikon: „Die Annäherung; insbesondere die Gleichheit von Kulturgütern, soweit sie durch die Gleichheit d. Umwelteinflüsse bestimmt ist; das Zusammenwirken zweier verschiedener Gruppen von Wirkungs- und Bedingungsfaktoren.“

durch Annäherung" scheinbar als seine private Meinung aufsteigen. Es sollte so scheinen, als habe er vor dem liberalen Gremium dieser Akademie, deren Tradition gemäß, nur eben „laut gedacht“. Sein kurzer, aber mit Recht als Sensation empfundener Monolog war aber vorher intern als ein Teil der Tutzingener Rede Willy Brandts avisiert worden, den er aus politischen Rücksichten nicht selber vortragen könne. Diese Methode ergänzt das Bild einer langfristig geplanten, vorsichtig dosierten politischen Schwenkung in Richtung auf die „Konvergenz“. So wie man Grubenpferde, die nach vielen Jahren zum erstenmal wieder heraufkamen, zunächst im Dämmerlicht hielt und das Tageslicht allmählich auf sie einwirken ließ, um sie nicht zu blenden, soll offenbar das Licht der neuen Erkenntnis auch nicht mit einemmal auf das in vermeintlicher Dunkelheit mangelnden politischen Bewußtseins befangene Volk strahlen. Es könnte zu grell sein.

Ein Beispiel für solche vorsichtige Dosierung einer Politik, der eine absolute Mehrheit im Willen des Volkes nicht oder noch nicht sicher ist, war die Behandlung der völkerrechtlichen Anerkennung der „DDR“: Willy Brandt begann mit der Aussage, „eine Anerkennung der DDR kommt nicht in Frage“. Die zweite Stufe war: eine völkerrechtliche Anerkennung als Ausland komme nicht in Frage. Die vierte und letzte Stufe: eine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“ als Ausland komme in dem Sinne nicht in Frage, daß die Bundesrepublik in Ost-Berlin eine Botschaft errichte. Es gehört nicht viel Vorstellungskraft dazu, sich eine solche „Verlautbarungs-Eskalation“ auf die Konvergenz-Theorie bezogen auszumalen.

Jetzt wird der hintergründige Sinn des Slogans vom „Wandel durch Annäherung“ aber schon in seinen Dimensionen und Konturen allmählich sichtbar: die Konvergenztheorie zeichnet sich bereits ab. Wir haben die Demokratie, der Osten hat den Sozialismus. Geht man über eine Symbiose zur Synthese, dann wird daraus — so scheint es gedacht zu

sein — jener „demokratische Sozialismus“, der die soziale Demokratie ablösen soll. Wer das für Alpträume eines Reaktionärs hält, sollte den Beitrag „Demokratischer Sozialismus in Ost und West“ von Horst Heimann lesen, der im September 1972 als Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ erschien. Es heißt darin: „Da der Grund für die Ablehnung der Konvergenztheorie nicht in einem unabänderlichen theoretischen Prinzip zu sehen ist, sondern in jenem ‚verstärkten politischen und ideologischen Erosionsprozeß innerhalb des sozialistischen Lagers‘, also in realen politischen Faktoren, die sich ändern können, kann sich auch die Einstellung der osteuropäischen Kommunisten zur Konvergenz ändern. Es besteht also die Chance, daß sie die Grundgedanken der Konvergenz akzeptieren, wenn sie nicht mehr einen inneren Erosionsprozeß zu befürchten haben, der zum Zusammenbruch des sozialistischen Systems führen kann.“

Horst Heimann wurde noch deutlicher, als er sich auf den SPD-Politiker Hans Jochen Vogel berief, der erkannt habe, daß „die großen Probleme nicht allein durch Reformen im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems, sondern nur durch Reform des Systems selbst zu lösen sind“.

Heimann folgert daraus:

„Da in einer gesellschaftlich geleiteten und kontrollierten Wirtschaftsordnung neue Kriterien für ökonomische Entscheidungen und Prioritäten erforderlich sind, wenn man die materiellen Mittel im Interesse der Menschen sinnvoller als in der profitorientierten Privatwirtschaft einsetzen will, ist der Sozialismus nicht nur ein institutionelles und technokratisches, sondern auch ein normatives Problem. Eine systemüberwindende Reformpolitik ist daher nur zu konzipieren auf der Grundlage eines neuen politischen Denkens, das über die heute vorherrschenden Ansätze hinausgeht und auch in der Lage ist, über Wertprobleme und Zielvorstellungen etwas auszusagen.“

Hier ist die Verbindung der neuen Ostpolitik mit der neuen Gesellschaftspolitik, dieser spezifische Wandel durch Annäherung, einer Annäherung der Standpunkte und ideologischen Wurzeln beider Seiten, gar nicht mehr zu übersehen. Er soll wohl auch nicht übersehen werden.

Wer dieses Ziel erkannt hat, gewinnt gleichzeitig eine einleuchtende, wenn auch vielleicht nicht erleuchtende Erklärung dafür, daß die Ostpolitik der SPD — an die sich die FDP teils ahnungslos, teils ahnungsvoll angehängt hat — dem kommunistischen (oder auch, im Sinne der neuen Linie: „sozialistischen“) Osten übergewichtige Vorteile verschafft hat. Das läßt sich an den Beispielen des Berlin-Vertrages und des Grundvertrages zwischen Bonn und Ost-Berlin darstellen.

Am Beginn der Verhandlungen wurde die erstrebte befriedigende Berlin-Regelung als Gegenleistung der Sowjetunion für die deutschen Zugeständnisse im Moskauer Vertrag genannt. Demnach hätte die Sowjetunion in Berlin keine Forderungen zu *stellen*, sondern nur Forderungen zu *erfüllen* gehabt. Sie hat aber Forderungen gestellt und sie *wurden* erfüllt: Abbau der Berlin-Präsenz des Bundes — vom SED-Zentralorgan bezeichnenderweise als *der* wesentlichste Bestandteil des Rahmenentwurfes genannt — und die Beschränkung der Beratungsthemen von Bundestagsfraktionen und -ausschüssen auf Berlin-Thematik. Das ist schon allerhand und bedeutet neuartigen sowjetischen Einfluß in West-Berlin. Das sowjetische Generalkonsulat kommt noch hinzu.

Die am schwersten wiegende Vorleistung der Ubereinkunft stand aber schon am Anfang der Botschaftergespräche: Ost-Berlin war tabu. Es wurde mit den Sowjets darüber verhandelt, was in West-Berlin sein darf und nicht sein darf, aber die Realitäten des Sowjetsektors wurden von der Tagesordnung ferngehalten. Wenn das alles kein sowjetischer Erfolg ist, dann weiß ich nicht, was noch hätte geschehen sollen, um den Verlauf und den Abschluß der Verhandlungen in Moskaus Sinne befriedigend zu gestalten. Wäre es ei-

gentlich so abwegig gewesen, den Wert der West-Berlin-Regelung daran zu messen, wie weit die Rechte des Bundes hier den Rechten des SED-Regimes im Ostsektor entsprechen? Nichts anderes bietet sich logischerweise zum Vergleich an, als beide Teile der geteilten Stadt. Auf der anderen Seite der Mauer sitzt, wie man weiß, die „DDR“-Regierung, nennt Ost-Berlin ihre Hauptstadt, läßt die Volkskammer tagen, nicht etwa nur Ausschüsse mit begrenzter Thematik, veranstaltet Militärparaden und stopft ihre Kasernen voll mit Soldaten. Daran gemessen ist das Berlin-Abkommen eine fast komplette Niederlage des Westens.

Aber es kam der Einwand, der Osten sitze nun mal gegenüber Berlin am längeren Hebel, die politische Geographie Berlins verschaffe ihm entsprechende, unvermeidbare Vorteile. Zu verlangen, daß die Westmächte für die Bundesrepublik und West-Berlin Gleiches durchgesetzt haben sollten, wie die Sowjets für ihre „DDR“ und Ost-Berlin, ließe jeden Wirklichkeitssinn vermissen. So weit — so richtig. Aber wenn das richtig ist, dann muß auch ausgesprochen werden, daß die erreichte Regelung ein Produkt sowjetischer und sowjetzonaler Erpressung ist, zustande gekommen durch die Betätigung und den Druck jenes vielzitierten längeren Hebels. Früchte der Erpressung sind aber ungeeignet für ein frohgemutes Erntedankfest. Es sei denn, neuartige — entweder bestehende oder erhoffte — Übereinstimmungen zwischen beiden Seiten ließen den gezahlten politischen Preis als Investition einer langfristigen politischen oder ideologischen „Rentabilität“ erscheinen.

Auf die Frage eines Journalisten, was wohl beide deutschen Staaten voneinander lernen könnten, antwortete Staatssekretär Kohl: „Die BRD kann von uns lernen, wie man den Sozialismus aufbaut.“ Und Egon Bahr sagte, die „DDR“ könne bei uns die Vor- und Nachteile des Kapitalismus erfahren. Der Gedanke, dem „sozialistischen“ Angebot Kohls den Modell-Charakter der Parlamentarischen Demokratie

und ihrer Freiheiten entgegenzusetzen, kam unserem Verhandlungsführer offenbar nicht. An solchen Symptomen läßt sich die Entwicklung erkennen.

Im Grundvertrag zwischen der Bundesregierung und dem SED-Regime ist — entgegen vorangegangener Ankündigungen — nicht von einem Fortbestand einer deutschen Nation die Rede, sondern von einer „nationalen Frage“. Dieses Fragezeichen ist ein „Konsensus“, das Ausrufezeichen bleibt — zunächst noch — im Dissens. Auch die Unmöglichkeit, Einigung über die deutsche Staatsbürgerschaft zu erzielen, würde, da es sich doch um eine elementare Voraussetzung des erstrebten Nebeneinanders und Miteinanders handelt, die Einsicht nahelegen, daß trotz der Bezeichnung „Grundvertrag“ die Basis fehlt. Es sei denn, eine neuartige Basis wäre „in der Entwicklung“.

Anders ist eigentlich nicht zu erklären, daß dieser Vertrag diesseits der in ihm anerkannten innerdeutschen Grenzen als eine große Wende gefeiert wurde. Die menschlichen Erleichterungen, die nur in seinem begleitenden Briefwechsel vorgesehen und außerdem einem „Zuge der Normalisierung“ vorbehalten sind, würden — bei allem spezifischen Gewicht, das sie haben — einen solchen Enthusiasmus historischer Dimension nicht rechtfertigen.

Vergleicht man die politischen Ziele, die von beiden Seiten während des vergangenen Vierteljahrhunderts postuliert wurden, dann kommt man zu dem Ergebnis eines nahezu totalen Sieges der anderen Seite und einer nahezu kompletten Kapitulation auf der unseren:

Moskau und Ost-Berlin erklärten zu ihren Zielen: die Zwei- bis Dreistaatlichkeit Deutschlands, die internationale Geltung der „DDR“, ihre Anerkennung durch Bonn und andere als gleichberechtigt, souverän und selbständig. Das alles enthält der Grundvertrag. Die Ziele des Gegenübers sind erreicht. Die Bundesrepublik verlangte die Wiedervereinigung

Deutschlands und das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen. Nichts davon enthält der Grundvertrag — abgesehen von einer „Selbstbestimmungs“-Formel, die keine Antwort darauf gibt, wessen Selbstbestimmung gemeint ist.

Da die sozialdemokratischen Architekten dieses Grundvertrages aber ganz sicher bestreiten werden, daß die Ostverträge außer der humanen Qualität einer Linderung der Unmenschlichkeit keine politischen Perspektiven hätten, ist eine Antwort auf die Frage unentbehrlich, welche Perspektiven es eigentlich sind. Das Schlagwort von der „Ausöhnung“ ist allzu auslegungsfähig, um klärend zu wirken. Zumal die Konsequenzen der Vertragspolitik einen absoluten Gegensatz zu früheren Haltungen ergeben.

Die Koalition hat den Anschein zu erwecken versucht, als sei diese ihre Ost- und Deutschlandpolitik ein Werk der Kontinuität, dessen praktischer Beginn durch die Intransigenz der früheren Unionsregierungen behindert worden sei.

Die Behauptung, nachholen zu müssen, was zwanzig Jahre lang „versäumt“ worden sei, ist nicht aufrichtig. Ein Zitat von Willy Brandt aus der Zeit nach der Gründung der „DDR“ und der Bundesrepublik belegt das:

„In Westdeutschland geht die nationalbol-schewistische Durchsetzung . . . weiter als viele wahrhaben wollen, während grundsatzlose Rapallo-Vorstellungen bis in hohe Kreise der Regierungsparteien vorgedrungen sind. Sie werden durch Geschäftsinteressen gestützt, die man von östlicher Seite durchaus geschickt anzusprechen versteht.“

Die eigentliche Gefahr droht aber in dieser Runde von den ‚Koordinatoren‘, den Nachfolgern der gescheiterten ‚Brückenbauer‘. Sie erklären, daß man die Ostregierung doch nicht ignorieren dürfe. Sie sei nun mal eine Realität. Irgendwie müsse man miteinander auskommen. Schließlich stünden auf der anderen Seite auch Deutsche. Mit ihnen müsse man praktische Vereinbarungen treffen.

Unterstützt wird diese Argumentation durch die Gedankenlosigkeit derer, die ihre ach so trügerische westliche Ruhe haben möchten und die in einem Teil der Presse so tun, als gebe es zwei deutsche Regierungen, die zum gemeinsamen Besten an einem Strang ziehen sollten.

Der wesentliche Trugschluß der ‚Koordinatoren‘ besteht darin, daß sie mit der Ostzonenregierung als einem Faktor deutscher Politik rechnen, während es sich in Wirklichkeit um ein Vollzugsorgan der sowjetischen Großmacht handelt.“

Noch 1967 erklärte Herbert Wehner:

„Man kommt nicht umhin, ebenso sachlich wie würdig klarzustellen, was unsere Regierung nicht bereit ist zu akzeptieren, was keine Aussicht hätte, Verhandlungsgegenstand für unsere Beauftragten zu sein. Dies dient nicht nur der Verdeutlichung dessen, was möglich und notwendig ist, wenn Spannungen nicht vermehrt, sondern gemindert werden sollen. Solche Punkte sind: a) die Anerkennung Westberlins als ‚selbständige politische Einheit‘, b) die Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als zweiten souveränen Staat deutscher Nation, und c) die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze gegenüber der Regierung in Ostberlin.“

Inzwischen ist die „DDR“ als „zweiter souveräner Staat deutscher Nation“ anerkannt. Auch die Oder-Neiße-Grenze hat Anerkennung erfahren, wenngleich nicht gegenüber Ost-Berlin. Und die östliche These von der „selbständigen politischen Einheit Westberlin“ ist ersetzt durch den im Berlin-Vertrag fixierten Passus, daß West-Berlin kein Land der Bundesrepublik Deutschland sei. Frühere Bekundungen von führenden SPD-Politikern hatten das Gegenteil beteuert.

Die Wendung um einhundertundachtzig Grad ist also ein nüchterner Tatbestand und keine polemische Behauptung. Wurde diese Wendung vollzogen, weil Zermürbung, Entmutigung und Hoffnungslosigkeit im Sinne der

zuvor beschworenen Ziele die Führung der deutschen Sozialdemokratie dafür „reif“ gemacht hatten? Das würden die Verantwortlichen gewiß energisch bestreiten. Also muß es ein neues Ziel geben. Kein anderes als die Konvergenz zwischen beiden Teilen Deutschlands, ja, wahrscheinlich zwischen Ost- und Westeuropa, bietet sich als einzige einleuchtende Erklärung an.

Die Politiker der bei den letzten Bundestagswahlen so glanzvoll erneuerten Koalition berufen sich bei ihren ostpolitischen Aktivitäten gern und oft auf die „internationale Großwetterlage“, die auf Entspannung programmiert sei und die nur ignorieren könne, wer bereit sei, sich isolieren zu lassen. Die Argumentation hat einiges für sich. Sie entkräftet allerdings nicht zwei naheliegende Einwände:

Als von den Spannungsursachen, die nahezu unverändert blieben, am härtesten betroffenes Land ergeben sich (im wahrsten Sinne des Wortes) „Grenzen“ des Zumutbaren. Es ist für die USA unvergleichlich viel leichter, sich zu SALT-Verhandlungen mit der UdSSR zu entschließen, als es für die Bundesrepublik war, der Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands zuzustimmen. Und zweitens bedingt die Bereitschaft zur Anpassung an die Politik unserer Verbündeten keineswegs jenen ostpolitischen Avantgardismus, den die Bundesregierung praktiziert hat.

Von einem Berliner SPD-Politiker stammt das Wort: „Wir wollen und wir werden nicht Arzt am Krankenbett des Kommunismus“ sein. Das ist als Vorsatz durchaus glaubhaft. Die Unterstellung, daß Führung und Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie sich dem Kommunismus ideologisch annäherten, wäre eine unangemessene Unterstellung. Aber es unterbleibt mehr und mehr der Hinweis auf die „Krankheit“ des Kommunismus. Das kann eines Tages zu unfreiwilliger — oder auch absichtlicher — Therapie werden. Aus der vor dem Wandel in der SPD allgemein verbindlichen Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur ist zunächst eine sozialdemokratische

„Abgrenzungs-These“ geworden, ein Einfrieren der Gegensätze also. Auch für Kritiker der neuen Ostpolitik ist einzusehen, daß die Annäherungsversuche nicht mit unverminderter kämpferischer Offensive gegen das kommunistische System zu vereinbaren sind. Man kann die „DDR“ nicht anerkennen und gleichzeitig bekunden, sie sei eine unzumutbare Gewaltherrschaft auf deutschem Boden, eine, wie Kurt Schumacher sagte, „Diktatur über das Proletariat“. Die Gegenseite führt allerdings unvermindert vor, daß man das eine tun kann, ohne das andere zu unterlassen: sie restauriert lebhaft das „Feindbild“ der Bundesrepublik und das Klischee vom „Sozialdemokratismus“, der nach wie vor dem „Imperialismus“ diene.

Es fällt auf, daß die SPD-Führung überdeutliche „System-Sympathien“ gegenüber der DDR“, wie sie im linken Flügel der Partei auftreten, mit nachsichtigem Schweigen beantwortet. In Jugoslawien forderte Herbert Wehner dazu auf, „Vorurteile gegenüber dem Kommunismus“ abzubauen, ohne zu sagen, um welche Vorurteile es sich dabei handelt.

Der Besuch des Bundeskanzlers beim sowjetischen Parteichef Breschnjew zeigte alle Anzeichen „familiärer Vertrautheit“ und ließ den Ausdruck diplomatischer Zurückhaltung und gegensatzbedingter Reserve zumindest im äußeren Erscheinungsbild des Besuches vermissen.

Das sind Randerscheinungen. Aber sie fügen sich allmählich zu einem Bilde, das mehr nach Konvergenz als nach Divergenz aussieht. Egon Bahr soll dem sowjetischen Außenminister Gromyko auf dessen Frage nach einer möglichen parlamentarischen Ablehnung der Ostverträge geantwortet haben: „Das würde die deutsche Arbeiterklasse niemals zulassen“. Lange vorher hatte Willy Brandt als Außenminister der Großen Koalition in Rumänien von den beiden „Ordnungen auf deutschem Boden“ gesprochen. Das klang zumindest nach einer neuartigen Ver-

gleichbarkeit und ließ die vordem verbindliche Differenzierung vermissen.

Als Klammer der einst als miteinander unvereinbar bezeichneten Systeme dient das Postulat der „Friedenspolitik“. Dieser Begriff wurde schon in den fünfziger Jahren innerhalb des politischen Ostens zur Überbrückung divergierender Kräfte gebraucht. Es soll hier nicht eine ungemessene Parallele behauptet werden. Die Gegensätze zwischen kommunistischer Begriffsauslegung und sozialdemokratischem Gebrauch scheinbar gleichartigen Vokabulars sind selbstverständlich nicht ausgelöscht. Aber die Grenzen verschwimmen.

Vor zehn Jahren wäre es als Aptraum eines Phantasten erschienen, Willy Brandt und Willi Stoph auf einer Goldmünze im Doppelprofil abzubilden, wie es in Lübeck geschah. Hier wird vordergründig eine Gemeinsamkeit präsentiert, die unvermeidlich zur Frage nach den Hintergründen führen muß.

Nun würde es, nimmt man die Idee der Konvergenz zwischen West und Ost als gegeben an, einleuchten, wenn die sozialdemokratische Politik auf die Solidarisierung mit den oppositionellen Kräften im Ostblock zielte. Sie kann es aus naheliegenden politischen Gründen nicht offen tun. Der Weg dorthin könnte nur ein Umweg über das Arrangement mit den Herrschenden sein. Nur müßte das eigentlich ausschließen, diese oppositionellen Kräfte zu entmutigen, wenn es seinen Sinn nicht verlieren oder umkehren wollte. Der Wandel durch Annäherung an das kommunistische Establishment steckt aber bereits tief im Risiko einer depressiven Auswirkung auf die freiheitsbegehrenden Kreise des innersowjetischen Widerstandes. Die ZEIT schrieb dazu im November 1972:

„Das Gefühl der Verlassenheit und Isolierung hat sich in sowjetischen Oppositionskreisen in jüngster Zeit um so mehr verbreitet, als durch die neue Eskalation von Unterdrückungsmaßnahmen letzte noch bestehende Hoffnungen auf demokratische Reformen von oben zerschlagen wurden. Der Versuch der

„loyalen Opposition“, den auch Sacharow einst unternahm, hat sich als politisch untaugliches Mittel erwiesen. Die Kommunikation von außen mit den protegierenden „liberalen“ Kräften innerhalb der Partei scheint abgebrochen. Entweder sind diese Kräfte ausgeschaltet worden, oder sie sind nicht mehr ansprechbar, weil sie Breschnjew als dem kleineren Übel gegenüber den dogmatischen Machtrivalen den Rücken stärken wollen.

Desillusioniert und enttäuscht müssen schließlich die einst loyalen, reformkommunistischen Dissidenten wie Sacharow oder die Herausgeber der Samisdat-Schrift „Politisches Tagebuch“ feststellen, daß die immer konkretere Formen annehmende Koexistenzordnung zwischen sowjetischer und amerikanischer Großmacht im Innern der Sowjetunion keine Gewinne an Demokratie und Freiheit abwirft. Im Gegenteil. „Seit Nixons Besuch ist es schlimmer geworden“, erklärte Sacharow in seinem Newsweek-Interview: — „Die Machthaber geben sich dreister, weil sie fühlen, daß sie im Zuge der Entspannung die öffentliche Meinung im Westen ignorieren können, die sich nicht mehr mit der Unterdrückung der Freiheit in Rußland befassen wird.“

Die deutschen Sozialdemokraten sind eine Antwort auf die Frage solcher Auswirkungen bisher schuldig geblieben. Statt dessen machen sie das Ziel einer „europäischen Friedensordnung“ geltend, ohne konkret zu sagen, wie diese Friedensordnung aussehen soll. Wessen und welcher Wandel die Voraussetzung für das Gelingen dieser wahrscheinlich langfristig gemeinten Zielsetzung ist, läßt sich wiederum nur unter den Vorzeichen der Konvergenz-Theorie einigermaßen logisch beantworten. Dabei ist vor allem der beabsichtigte Wandel in unserer demokratischen Gesellschaft erkennbar. Immer häufiger ist in der SPD die Rede von unserem „kapitalistischen System“, obwohl doch längst entschieden zu sein schien, daß die soziale Marktwirtschaft die Überwindung des Kapitalismus bedeutet. Diesem veränderten Sprachgebrauch steht gegenüber, daß die kommu-

nistischen Länder immer häufiger als „Sozialistische Ordnungen“ bezeichnet werden. Hier ist eine Passage aus dem bereits erwähnten Artikel Horst Heimanns aufschlußreich:

„Für die kritische junge Generation grundsätzlich annehmbar ist eine Konzeption des demokratischen Sozialismus und der progressiven Konvergenz beider Systeme deshalb, weil sie ihren antikapitalistischen und antibürokratischen Wert- und Zielvorstellungen entgegenkommt. Das Engagement der jungen Generation könnte aber nicht nur helfen, den demokratischen Sozialismus zu verwirklichen. Diese Konzeption könnte auch dazu beitragen, das durch die Protestbewegung geweckte Engagement in politisch wirksamer Form weiterzuentwickeln und zu verhindern, daß es wirkungslos bleibt, weil es sich in Aktionismus, dogmatischem Sektierertum, realitätsfernem Utopismus oder Neokonformismus verliert.“

Und an anderer Stelle:

„Anders als beim herrschenden Kommunismus, der noch immer der Kommunismus der Herrschenden ist, geht es hier um eine Konzeption des Sozialismus, die im doppelten Sinne demokratisch ist: Nicht nur das Ziel ist demokratisch, nämlich eine in allen Bereichen demokratisch strukturierte Gesellschaft, auch der Weg, die Mittel und Methoden zur Verwirklichung dieses Zieles sind es.“

Horst Heimann nimmt es mit dem Adjektiv „demokratisch“ genau. Aber sein Substantiv „Sozialismus“ verliert den Charakter einer Alternative und gewinnt die Eigenart einer absoluten Größe, wenn er daran das „Überleben der Menschheit“ bindet. Hier schließt sich der Kreis der Argumentation zugunsten der Konvergenz-Theorie: Friedenspolitik ist nur durch Sozialismus und Sozialismus ist nur durch Konvergenz möglich. Frieden und Sozialismus werden so zu Synonymen ideologisiert. Für die Glaubwürdigkeit der Friedens- und Entspannungsbereitschaft nichtsozialistischer Überzeugungen bleibt darin kein Raum

mehr. Zur Behauptung, die Ablehnung des Sozialismus sei gleichbedeutend mit Friedensfeindlichkeit, ist es dann nur noch ein kleiner Schritt. Leo Bauer vollzog ihn einige Monate vor seinem Tode bereits in der SPD-Zeitschrift „Vorwärts“, als er der Opposition unterstellte, sie treibe eine Kriegspolitik.

Die Zielprojektion des „Demokratischen Sozialismus“ hat einen entscheidenden Nachteil: sie kann sich nicht auf Vorbilder in der Wirklichkeit berufen, die die Theorie durch Anschaulichkeit ergänzen. Die Auswahl unter sozialistischen Staaten, die nicht durch Revolution oder Okkupation geprägt wurden, ist gering. Jugoslawien hatte zu keiner Zeit einen „demokratischen Sozialismus“ und galt trotzdem bei vielen Linksideologen als Musterland. Milovan Djilas war da anderer Ansicht und die Rückkehr Titos zu stalinistischen Methoden belastet das jugoslawische Modell bis zur Untauglichkeit.

Schwedens demokratischer Sozialismus kämpft mit zunehmenden Schwierigkeiten und verliert durch wirtschaftliche Rückschläge an Attraktivität. Chile kommt nicht nur seiner unvergleichlichen geographischen und soziologischen Lage wegen nicht in Betracht. Es ist durch Allendes eklatante Fehlschläge nur als abschreckendes Beispiel wirksam.

Und so bleibt es für die Konvergenz-Theoretiker vorerst bei der Gegenüberstellung der Wirklichkeit unserer sozialen Demokratie und der mehr oder weniger ideologischen Vision vom „demokratischen Sozialismus“.

Dieser demokratische Sozialismus hat — wie Dubceks Schicksal bewies — unter den herrschenden Kräften des Kommunismus überhaupt keine Chance. Es ist die Tragik der Ostpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, daß sie ihre Avancen denen machen muß, die dem Konvergenzziel im Osten entgegenstehen. „Aggression auf Filzlatschen“ nannte es die SED-Propaganda, und das war aus ihrer Sicht nicht einmal unzutreffend gesagt. Denn ließe die herrschende Gewalt des politischen Ostens die Ideen des

„demokratischen Sozialismus“ und der Konvergenz in ihren Bereich eindringen, dann wäre das eine Lebensgefahr für das kommunistische Establishment.

Da aber Konvergenz eine Sache „auf Gegenseitigkeit“ ist, steht die Gefahr, die sie für die freiheitliche Demokratie bedeuten müßte, auf einem anderen Blatt. Bisher gab es durchaus schon eine Wechselwirkung zwischen Ost und West: Der „kapitalistische“ Westen mußte in der Rivalität sozialer werden als der „sozialistische“ Osten — und er wurde es mit weitem Abstand. Allerdings durch Verzicht auf Sozialismus. Der stalinistische Osten wiederum mußte seine Unmenschlichkeit reduzieren, um das Kontrastbild zur Humanität des Westens nicht immer unvorteilhafter zu seinen Lasten werden zu lassen. Alle — gemessen an der Stalin-Ära — geradezu sensationellen Veränderungen im Ostblock geschahen gewiß nicht unbeeinflußt durch den von sozialistischen Vorzeichen noch freien Westen. Diese Art der „Konvergenz“ entbehrte ideologischer Merkmale.

Eine spezielle Annäherung in West-Ost-Richtung ist im politischen Sprachgebrauch zu erkennen. Viele der Begriffe, die das ost- und deutschlandpolitische Konzept der Koalition beschreiben, haben eine östliche Urhebererschaft: „Koexistenz“, „Normalisierung“, „Abgenzung“, „Anerkennung der Realitäten“ und Respektierung der „Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges“. Das sind nur einige Beispiele. Weitgehend ungeklärt ist, ob die westdeutsche Sozialdemokratie dabei von der Erfahrung ausgeht, daß die Begriffe im offiziellen Sprachgebrauch der anderen Seite überwiegend andere oder sogar gegensätzliche Bedeutung haben als im Sinne der parlamentarischen Demokratie, also auch der deutschen Sozialdemokratie. Die zweite Möglichkeit ist die wahrscheinlichere: daß der Wandel durch Annäherung hinter dem Vorzeichen der Konvergenz dazu führt, beide Seiten das Gleiche meinen zu lassen, wenn sie das Gleiche sagen. Unwahrscheinlich ist dagegen, daß der politische Osten sich im Zuge solcher Kon-

vergenz den Begriffsinhalten seiner westdeutschen Verhandlungs- und Vertragspartner angeglichen habe.

Daß der „demokratische Sozialismus“, den die SPD geltend macht, nicht nur in der Vorstellung reaktionärer Polemik wörtlich zu nehmen ist und mehr zu sein scheint als die Korrektur einiger Schwächen in der Sozialen Marktwirtschaft, macht eine Bemerkung des Sozialdemokraten Conrad Ahlers deutlich, der die wesentlichen Vorschläge des SPD-Steuerparteitages als Versuch einer „kalten Sozialisierung“ und als „selbtmörderischen Akt“ bezeichnete.

Eine der entscheidenden Gefahren eines solchen Kurses, für den es zunächst *eher* Indizien als Beweise gibt, wäre natürlich eine Einschränkung des Freiheitsspielraumes auf unserer Seite. Medienpolitische Papiere der SPD zeigen gewisse Symptome solcher Entwicklungen. Der Umgang der führenden Koalitionspartei mit ihren Kritikern während der drei Jahre der ersten Legislaturperiode war nicht ermutigend im Sinne der Toleranz. Die Idee von „Presseräten“ und die Absicht der SPD, jene publizistischen Verlage, die während des Wahlkampfes zugunsten der Opposition argumentierten, durch eine Dokumentation „zu überführen“, ist alarmierend. Helmut Schmidts Bemerkung, er werde nach gewonnenem Wahlkampf zu Axel Springer gehen und ihn auffordern, aus Hamburg zu verschwinden, harmoniert mit dem Adjektiv des Begriffes „demokratischer Sozialismus“ nicht.

Man wird sich hüten müssen, auf der politischen Weidelandchaft der Bundesrepublik polemisch nur noch „Wölfe“ und „Schafe“ zu sehen. Die Vision eines sozialistischen „Hirten mit Hund“ liegt aber nicht fern. Natürlich ist die Sozialdemokratische Partei Deutsch-

lands nicht homogen dem Konvergenz-Konzept verfallen. Zwischen Willy Brandt und feuerköpfigen Jungsozialisten wird weiterhin zu unterscheiden sein, und es ist möglich, daß nicht nur Vizekanzler Walter Scheel gemischte Gefühle hatte, als er, neben Willy Brandt stehend, in der Wahlnacht die Fackelträger jugendlicher Koalitionswähler die „Internationale“ singen hörte. Der Druck zur Konvergenz, in der ihre westlichen Gläubigen und Gläubiger sich mehr anzupassen hätten als die östlichen, kommt von den äußeren Rändern der SPD, nicht von ihrem Kern. Darüber, ob der Führungskern noch ganz gesund im Sinne der Abwehr östlicher Modell-Beeinflussung ist, sollte keine voreilige Diagnose abgegeben werden. Wer die hier skizzierte Entwicklung aber als kritische Sorge geltend machen will, hat sich vor der unangemessenen Äußerung des Verdachtes zu hüten, die SPD sei bereits kommunistischen Umformungen erlegen. Kritische Beanstandung eines fragwürdigen Konvergenz-Kurses hat gleichzeitig die Kritisierten gegen solche Unterstellungen in Schutz zu nehmen.

Was jetzt von den westdeutschen Linken anvisiert wird, ist unverkennbar ideologisch, wenn auch nicht dogmatisch motiviert. Es ist — trotz aller taktischen oder auch faktischen Vorbehalte — ein Rückweg zu Marx, ein Umweg zu den „gemeinsamen Wurzeln“ aller Sozialisten dieser Erde. Es sieht heute schon so aus, als habe diese spezifische Solidarität die Solidarität der Demokraten überflügelt oder zum Teil sogar schon abgelöst. Es wäre deshalb zu wünschen, wenn die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihre Haltung zur „Konvergenz“ endlich von ihren Fragezeichen und Gedankenstrichen befreite und hinter einer klaren Aussage einen Punkt machte. Für eine Antwort auf die Frage nach den Grenzen des Wandels durch Annäherung ist es hohe Zeit.